

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

22. Sitzung
am Mittwoch, dem 4. Juni, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

in Vertretung von Ulrike Rodust

in Vertretung von Bernd Schröder

Fehlende Abgeordnete

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Weitere Anwesende

Tagesordnung	Seite
1. Fortführung und Weiterentwicklung des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein Antrag der Abgeordneten des SSWD Drucksache 14/65 hier: Anhörung der Vorsitzenden der Regionalbeiräte des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume	5
2. Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/400	10
3. Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/700 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/730	11
4. Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes über die Erhebung einer Abfallabgabe (Landesabfallabgabengesetz - LABfAG) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/708	4
5. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Ausschuß behandelt zunächst Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes über die Erhebung einer Abfallabgabe (Landesabfallabgabengesetz - LABfAG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 14/708

(überwiesen am 16. Mai 1997 an den Umweltausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Einmütig kommen die Ausschußmitglieder überein, den federführenden Umweltausschuß zu bitten, die von diesem geplante Anhörung zur Drucksache 14/708 gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuß durchzuführen. - Abg. Schmitz-Hübsch schlägt folgende Verbände für die Anhörung vor: BUND, NABU, Unternehmensverbände SH, Handwerkskammern und Vereinigung der IHKs. - Diese Verbände sollen dem federführenden Umweltausschuß mit der Bitte um Berücksichtigung mitgeteilt werden. Darüber hinausgehende Vorschläge aus dem Kreis der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sollen direkt an die Vorsitzende des Umweltausschusses herangetragen werden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Fortführung und Weiterentwicklung des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSWDrucksache 14/655

(überwiesen am 23. April 1997)

hier: Anhörung der Vorsitzenden der Regionalbeiräte des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume

hierzu: Umdruck 14/806

Landrat Dr. Bastian, der Vorsitzende des Regionalbeirates Westküste, stellt zunächst die derzeitigen Ausgangsbedingungen für die betroffenen Kreise und den Landesteil Schleswig dar. Als maßgebliche Faktoren für die Situation in diesen Kreisen nennt er den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Fläche, vor allem die Reduzierung der Bundeswehrstandorte in diesem Gebiet, die Stagnation der Tourismuswirtschaft und den Belegungsrückgang im Gesundheits- und Kurbereich von bis zu 30 %. Hinzu komme, daß ein Großteil des Fördergebietes Ziel-5b-Gebiet der EU sei. Die Cofinanzierung sei immer eine wichtige Funktion des Regionalprogramms gewesen. Die EU finanziere jedoch nur 40 bis 50 % der Gesamtsumme; der Rest müsse von den kommunalen Haushalten erbracht werden. Diese könnten jedoch angesichts ihrer jetzigen desolaten Haushaltslage - in Nordfriesland habe man zum Beispiel ein Finanzierungsdefizit von 7 Millionen DM - diesen Restbetrag unmöglich aufbringen. Es müsse deshalb versucht werden, die bisherige Praxis, eine 85prozentige Finanzierung durch EU-Mittel und Mittel aus dem Regionalprogramm zu erreichen, beizubehalten. Ansonsten - so führt Landrat Dr. Bastian aus - müßten eine Vielzahl von Aktivfaktoren, die in den letzten Jahren mit Hilfe des Regionalprogramms entstanden seien, zum Beispiel das Nordfriesische Innovationszentrum, die Messehalle und der Flugplatz in Husum, daß BTG und das Wattenmeer-Monitoring, wegfallen. Angesichts dieser Lage in den ländlichen Gebieten hält Dr. Bastian die Fortführung des Regionalprogramms für dringend erforderlich. Daß das Programm bisher sehr erfolgreich gewesen sei - so betont er -, habe das Evaluationsgutachten explizit nachgewiesen. Für die Stärkung der Wirtschaftsstruktur in den genannten Gebieten sei das Regionalprogramm unverzichtbar.

Landrat Dr. Bastian erklärt weiter, die letzte Sitzung der IMAG habe deutlich gemacht, daß nur noch wenig an frei verfügbarer Haushaltsmasse zur Verfügung stehe. Er hält es deshalb für gefährlich, immer noch weitere Projekte, wie zum Beispiel die Fachhochschule Westküste, in das Regionalprogramm aufzunehmen, da das zu einer weiteren Reduzierung der Mittel führe. Er bekräftigt noch einmal, daß man auf die Fortführung und Weiterentwicklung des

Regionalprogrammes nicht verzichten könne, auch unter dem Gesichtspunkt, daß aus diesem Topf auch staatliche Aufgaben finanziert würden, die bei Wegfall des Programmes anderweitig erfüllt werden müßten.

Landrat Kamischke, Vorsitzender des Regionalbeirates Landesteil Schleswig, ergänzt die Ausführungen von Landrat Bastian und weist unter anderem darauf hin, daß sich durch die Schaffung der Regionalbeiräte, die auf die Einführung des Regionalprogrammes zurückgingen, ein ganz neues Regionalbewußtsein zwischen der kreisfreien Stadt Flensburg und dem Kreis Schleswig-Flensburg gebildet habe. Die jetzige gemeinsame Wirtschaftsförderungsstruktur zwischen dem Kreis und Flensburg könne als Erfolg des Regionalprogrammes angesehen werden.

Auch er betont, daß die Fördermaßnahmen des Regionalprogrammes weiterhin benötigt würden. Das Programm habe mit seiner kleinmaßstäblichen Förderstruktur für die Region schon viel geleistet und sei auch in Zukunft dringend erforderlich.

Landrat Gebel, Vorsitzender des Regionalbeirates Ostholstein/Plön, bringt die Sorge zum Ausdruck, daß die zur Verfügung stehenden Mittel für das Programm so gering seien, daß viele Projekte nicht durchgeführt werden könnten, obwohl sie nach längerer Planung und zum Teil auch schon aufgrund erheblicher Investitionen vom Beirat in die oberste Priorität eingereiht worden seien.

In der anschließenden Aussprache weist St Dr. Schmid darauf hin, daß man die Fortführung des Regionalprogrammes - unter den jetzigen Voraussetzungen - als gute Nachricht begrüßen müsse, da angesichts der haushaltspolitischen Notwendigkeiten auch die Streichung dieses Programms zur Debatte gestanden habe. Die Fortführung sei der Landesregierung unter dem finanziellen Gesichtspunkt nicht leichtgefallen. Dennoch habe man sich dafür entschieden, das Förderprogramm und die Gebietskulisse zu erhalten, gleichzeitig das Programm aber als Cofinanzierungsinstrument für KONVER zu öffnen. Sie legt dar, daß aber mit Blick auf die Finanzausstattung noch die eine oder andere Frage zu lösen sein werde. Hierzu verweist sie auf die Aussage der Landesregierung, daß über die gesamte Laufzeit des Programms etwas über 100 Millionen DM eingesetzt werden sollten. Es solle versucht werden, diesen Wert soweit wie möglich zu erreichen. Das Regionalprogramm habe sich als zentrales Förderinstrument für die Entwicklung strukturschwacher Regionen bewährt. Sowohl die inhaltliche Ausrichtung als auch die Struktur des Auswahlverfahrens könnten als sehr erfolgreich angesehen werden und sollten deshalb auch beibehalten werden. Hierzu nennt sie die Stichworte Konzentration auf

den Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Partizipationsmöglichkeiten der Regionen in einem bundesweit einmaligen Umfang und Qualitätswettbewerb.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Schmitz-Hübsch räumt St Dr. Schmid ein, daß es richtig sei, daß im Haushalt zur Zeit 11,5 Millionen DM als mögliche Einsparungen aus dem Regionalprogramm enthalten seien, daß man sich aber darauf verständigt habe, diese Mittel nicht in Abgang zu stellen, sondern sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder dem Regionalprogramm zuzuführen. Angesichts der Unsicherheit der zukünftigen haushaltspolitischen Lage in Schleswig-Holstein hält Abg. Schmitz-Hübsch diese Aussage für unbefriedigend und für zu unbestimmt.

Zur Aufnahme der Fachhochschule Westküste als Förderprojekt in das Regionalprogramm erklärt St Dr. Schmid, daß es keine andere Möglichkeit der Finanzierung gegeben habe. Sie halte diese Lösung im übrigen aus wirtschafts-, struktur- und bildungspolitischen Gesichtspunkten und auch als Möglichkeit, die wissenschaftlich-technische Infrastruktur des Landes zu verbessern, für sinnvoll. Über den Anteil der Finanzierung, der mit Hilfe des Regionalprogrammes geleistet werden solle, werde das Kabinett in seiner Sitzung am 16./17. Juni 1997 zu entscheiden haben.

Abg. Müller möchte von den Landräten wissen, wo sie für das Regionalprogramm noch Verbesserungsmöglichkeiten sehen und wo aus ihrer Sicht vielleicht noch andere Akzente gesetzt werden müßten. - Landrat Gebel macht noch einmal deutlich, daß das Regionalprogramm in seiner jetzigen Form begrüßt werde. Die größte Sorge der Kreise sei jedoch die finanzielle Ausstattung. So wäre es für die Regionalbeiräte seiner Meinung nach wichtig zu erfahren, mit welchen Fördersummen sie in den einzelnen Gebieten pro Jahr rechnen könnten, ob überhaupt neue Projekte initiiert werden sollten und wie viele Projekte in den nächsten Jahren bewilligt werden könnten. In diesem Zusammenhang appelliert er auch an die verfassungsmäßige Pflicht des Landes, Ausgleichsfunktionen wahrzunehmen. Mit einer Auswahl der Projekte unter dem Gesichtspunkt der Cofinanzierungsmöglichkeit durch EU-Mittel werde man dieser Funktion nicht gerecht.

St Dr. Schmid unterstreicht, daß es ihr nicht möglich sei, genaue Angaben über die finanzielle Ausstattung einzelner Projekte im Rahmen des Regionalprogrammes zu machen. Bezüglich der Kriterien verweist sie u. a. auf den Qualitätswettbewerb.

Landrat Kamischke gibt zu bedenken, daß die Bindung von Mitteln des Regionalprogrammes als Cofinanzierung für EU-Mittel eine Belastung darstelle, denn dadurch würden Projekte

ausgeschlossen, die vielleicht förderungsfähig seien, die aber nicht den EU-Vorgaben genügten. - St Dr. Schmid erklärt, daß natürlich versucht werde, Projekte zu fördern, die in beide Programme paßten.

Landrat Dr. Bastian hebt dagegen hervor, oberste Priorität müsse im Moment die Cofinanzierung von EU-Mitteln einnehmen, denn sonst werde man in Zukunft Gelder verlieren, vielleicht sogar nach 1999 das gesamte Programmgebiet, da dann mit dem Argument EU-Mittel gekürzt werden könnten, schon damals seien die zur Verfügung stehenden Mittel nicht in voller Höhe verausgabt worden.

St Dr. Schmid erklärt auf eine Nachfrage von Abg. Schmitz-Hübsch, daß die EU-Mittel 1996 voll ausgeschöpft worden seien. Sie sagt außerdem zu, dem Ausschuß eine Übersicht über das für das Regionalprogramm zur Verfügung stehende Finanzvolumen, das sich aus Ziel-5b-Mitteln und Landesmitteln zusammensetzt, zu übermitteln. Im letzten Jahr seien Projekte mit einem Volumen von insgesamt 51 Millionen DM bewilligt worden.

Im folgenden geht Dr. Bastian auf den SSW-Antrag, Drucksache 14/655, näher ein. Er hält es für fragwürdig, bei einem so geringen Finanzvolumen das Fördergebiet beizubehalten, den Förderungstatbestand - wie im SSW-Antrag unter Punkt 2 gefordert - aber noch auszuweiten. Die Bereiche der Tourismuswirtschaft und der Kultur könnten auch aus anderen Quellen gefördert werden und würden mit Sicherheit nicht vernachlässigt. Problematisch sei es jedoch, diese in das Regionalprogramm mit aufzunehmen und dadurch die Förderungstatbestände weiter aufzuweichen. Dr. Bastian regt vielmehr an, das Humankapital stärker zu fördern. - St Dr. Schmid bekräftigt, daß der Schwerpunkt des Regionalprogrammes auch in Zukunft auf dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur liegen werde und daß eine Ausweitung des Förderungstatbestandes nicht angestrebt werde.

Abg. Hars hält die Auswahl der Projekte durch die Landesregierung vor allem unter dem Gesichtspunkt des Qualitätswettbewerbs für bedenklich und für einseitig. St Dr. Schmid merkt an, daß niemand angesichts vernünftiger wirtschaftsstrukturpolitischer Ansätze den Grundsatz der Qualität in Frage stellen könne. Gerade durch den Qualitätswettbewerb habe sich in den vergangenen Jahren eine starke Verbesserung bei den Projekten erzielen lassen. Dies werde auch von den Regionalbeiräten begrüßt. - Landrat Gebel erklärt, er unterstütze zwar den Qualitätswettbewerb als wesentliches Element des Regionalprogramms, wünsche sich aber eine größere Beteiligung der Regionalbeiräte an der Auswahl der vorgeschlagenen Projekte.

Landrat Dr. Bastian gibt zu bedenken, daß bei dem Qualitätswettbewerb immer das Problem auftauche, daß angesichts unterschiedlichster Projekte Dinge verglichen werden müßten, die sich eigentlich nicht vergleichen ließen.

Abg. Hentschel regt unter anderem an, mit dem Regionalprogramm verstärkt Frauenprojekte zu unterstützen.

St Dr. Schmid stellt abschließend noch einmal die Bedeutung des Regionalprogrammes heraus und betont, daß sie in dieser Sitzung keine grundsätzliche Kritik an der inhaltlichen Ausgestaltung des Programmes gehört habe, sondern allein die berechtigte Sorge bezüglich des Finanzvolumens des Programmes. Deshalb könne man das Regionalprogramm sehr wohl als erfolgreich bezeichnen, das es auch in Zukunft fortzuführen und weiterzuentwickeln gelte.

Im Ausschuß besteht Einvernehmen darüber, über den Antrag Drucksache 14/655 in der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 20. August d. J. - dann in Anwesenheit von Abg. Spoorendonk - abzustimmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/400
(überwiesen am 12. Dezember 1996 an den Sozialausschuß und den
Wirtschaftsausschuß)

Ohne weitere vertiefte Aussprache spricht der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU mit Mehrheit die Empfehlung an den Landtag aus, den Antrag unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNENDrucksache 14/700

Änderungsantrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/730

hierzu: Umdrucke 14/760 und 14/833

(überwiesen am 15. Mai 1997 an den Europaausschuß, den Finanzausschuß
und den Wirtschaftsausschuß)

Abg. Schmitz-Hübsch regt an, daß sich der Wirtschaftsausschuß an der vom federführenden Europaausschuß geplanten Anhörung zu den Anträgen beteiligen solle und daß die die wirtschaftspolitischen Sprecher in diesem Zusammenhang interessierenden Fragen über die europapolitischen Sprecher der Fraktionen in das Verfahren eingebracht werden sollten. - Dieser Verfahrensvorschlag findet die Zustimmung des Ausschusses.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hentschel nimmt Bezug auf den vom Wirtschaftsausschuß in seiner Sitzung am 21. Mai d. J. abschließend behandelten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten und weist darauf hin, daß der beteiligte Finanzausschuß hierzu plane, in gemeinsamer Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuß dem Rektor der Fachhochschule Kiel Gelegenheit zur Stellungnahme zum Thema "Vermittlung von Hochschulabsolventen durch die FuE-Zentrum GmbH als Clearingstelle" zu geben. Als Termin für diese Sitzung sei ein Zeitpunkt nach den Sommerferien vorgemerkt worden. Abg. Hentschel spricht sich nachdrücklich dafür aus, im Wege einer interfraktionellen Vereinbarung zu erreichen, daß diese Anhörung nicht abgewartet wird und daß die zweite Lesung des Antrages in der bevorstehenden Juni-Tagung des Landtages stattfindet. - Nach einer kurzen Aussprache kommen die Ausschußmitglieder bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU einmütig zu der Auffassung, daß dem von Abg. Hentschel unterbreiteten Vorschlag unter dem Vorbehalt des Einvernehmens mit dem Finanzausschuß in diesem Punkt gefolgt werden solle.

Nächste Sitzung: 20. August 1997, 10:00 Uhr

Schluß: 11:45 Uhr

gez. Eichelberg
Vorsitzender

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer